

Die Welt überfordert uns. Andere bringt sie um.

Wenn die SVP nicht wäre, wir hätten das Flüchtlingsproblem längst gelöst. Mögen sich einige, klammheimlich, schon mal so ausgemalt haben. Die Denkfigur gleicht der Phantasie, ohne MigrantInnen lebten wir noch in der alten Eidgenossenschaft, gäbe es dieses EU-Europa nicht und die (umgehend fürs Ausländerraus instrumentalisierten) Attentate von Paris & Brüssel wären uns ebenso erspart geblieben wie der Kölner Silvester und der verweigerte Therwiler Händedruck.

Einmal angenommen, EU&Merkel hätten einen etwas anderen Türkendeal ausgehandelt – Flüchtende gegen Rechtskonservative. Bei den aktuellen Zahlen wären wir die SVP&ihre SympathisantInnen (in anderen Parteien) vermutlich bald einmal los und könnten endlich die (Migrations-)Politik machen, die wir schon lange praktiziert, wenn sie uns gelassen hätten. Happy End. Wie in diesen Familienfilmen, in denen sich das anfängliche Misstrauen in ein begeistertes Welcome verwandelt. Weil der oder die Fremde den hinterhältigsten Verdächtigungen widersteht und nach 88 Minuten alle darum betteln, er solle bleiben, weil sie dank ihr eine ihnen bisher unbekannte Lebensfreude entdeckt hätten.

Die Vorstellung, die Fremden würden nicht nur ein besseres Leben suchen, sondern unser Leben lebenswerter machen, ist, auch, Kitsch. Die verständliche&echte Flucht vor Krieg, Folter, Unterdrückung, Hunger&ökologischen Katastrophen macht aus ihnen nicht zwingend bessere&fröhlichere Menschen. Das ist ein rassistisches Stereotyp mit umgekehrtem Vorzeichen aus dem Kurs «Ich bastle mir einen Flüchtling». Auf Fremde – und das sind für uns auch SVP&Co. – werden gerne eigene Sehnsüchte, Ausgrenzungs- und Gewaltphantasien projiziert. Denkbar, dass nach dem Türkenhandel der anderen Art unsere eigenen verdrängten Vorurteile an die Oberfläche gespült würden. Wenn reale Menschen dem Bild Hilfsbedürftiger – verzweifelt, verängstigt, bescheiden, höflich, friedfertig – nicht genügen, wenden sich HelferInnen auch schon mal enttäuscht ab, würden sie am liebsten wieder gegen die Abgeschobenen weit hinten in der Türkei eintauschen. Integration bedeutet Konflikt und verändert alle Beteiligten. Mit MigrantInnen streiten, heisst, sie aufnehmen. Das Ferienkind überlegte nicht lange, als ich fragte, ob es lieber Gast oder dritte Tochter sein wolle. Schwester natürlich, mit allen Konsequenzen – Ämtli, Streit, beim Sonntagspalaver mitreden. Sind wir bereit, uns zu bewegen? Wie weit?



Solidarité sans frontières

**BULLETIN
SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES**

NR. 2, JUNI 2016

WWW.SOSF.CH



Lager Presevo, Serbien. Die Flüchtlinge konnten das Camp nicht ohne Begleitung eines Volunteers verlassen.

Die Fotos dieser Ausgabe zeigen die Flüchtlingscamps von Idomeni (Griechenland) und Presevo (Serbien). Die Bernerin Ursula Wohlgefahr war drei Wochen lang als freiwillige Unterstützerin in den Lagern an der Balkanroute aktiv.

In Zeiten der Globalisierung verbinden uns InternetFacebookTwitter noch direkter mit dem grenzenlosen Elend als die traditionellen Massenmedien. Die Welt wird durch ihre mediale Darstellung zum Problem, der tägliche Informationskonsum zum permanenten Aufruf, etwas zu tun. Aber wir können Probleme nicht (definitiv) lösen. Nur lernen, mit ihnen zu leben. Den Problemen der anderen. Müssen zugeben: Wir können nicht allen helfen, die es nötig haben. Um jene, denen wir Hilfe vorenthalten (müssen), nicht als Schein-Asylanten oder Schein-Arme zu diffamieren. Wir müssen uns eingestehen: Wir lassen Menschen auch verhungern. Die Welt überfordert uns. Andere bringt sie um. Das werden wir gewusst haben.

Jürgmeier,
Schriftsteller, Redaktor «Infosperber»

Am Ende der Balkanroute
Österreich

Seite 2

Kirchenasyl in Basel

«Wir bleiben»

Seite 4

Rechts aussen **Seiten 5–8**
Dossier – SVP & Co.



Presevo, Schuhspenden. Viele Organisationen unterstützen die Flüchtlinge so gut sie können.

«BAULICHE MASSNAHMEN» UND ASYL-NOTSTAND IN ÖSTERREICH

Am Ende der Balkanroute

Die Bilder der Wiener Bahnhöfe vom September 2015 sind vielen Menschen auch in der Schweiz noch in Erinnerung: Freiwillige HelferInnen, die die aus Ungarn ankommenden Flüchtlinge mit dem nötigsten versorgen. Die Polizei, die sich zurückhält und die Leute nach Deutschland weiterreisen lässt.

Inzwischen hat die österreichische Regierung ihre Haltung grundlegend geändert. Anny Knapp und Herbert Langthaler von der Asylkoordination Österreich erläuterten uns die Situation im Nachbarland.

Wie viele Asylsuchende haben denn 2015 in Österreich ein Gesuch gestellt? Wie ist ihre Situation?

Insgesamt wurden im vergangenen Jahr laut – vorläufiger – Statistik des Innenministeriums 88 151 Asylanträge gestellt. Daneben wurden Hunderttausende Flüchtlinge nach Deutschland «durchgewunken», wobei diese zuerst in Zügen von der ungarischen Grenze über Wien und Salzburg nach München gebracht wurden. Später, nachdem Ungarn die Grenzen gesperrt hatte und sich die Hauptfluchtroute nach Kroatien und Slowenien verlagert hatte, wurden Flüchtlinge vom österreich-slowenischen Grenzübergang Spielfeld mit Bussen abgeholt und meist nach einem Zwischenaufenthalt in «Transitzentren» den deutschen Behörden an den Grenzen übergeben. Während dieser massenhaften Fluchtbewegungen nach und durch Österreich wurden die Abläufe im Asylverfahren geändert. Die chaotischen Zustände des Sommers sind inzwischen einer Mangelverwaltung gewichen. Immer noch leben Asylsuchende in vom Innenministerium geführten Massenquartieren. Besonders skandalös ist die de facto Nicht-Betreuung von immer noch an die 1500 unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlingen in solchen Massenquartieren. Wie lange Verfahren zurzeit dauern, kann kaum seriös gesagt werden. Anträge von syrischen Flüchtlingen werden nach wie vor zügig behandelt. Asylsuchende aus anderen Ländern müssen oft bis zu einem Jahr warten, bevor es zu einem ersten Interview im Rahmen des Asylverfahrens kommt.

Deutschland hatte im August und September die Dublin-Regelung für Geflüchtete aus Syrien ausser Kraft gesetzt. Wie hat man das in Österreich gehandhabt?

Dublin III wurde in Österreich nie ausgesetzt. Verfahren werden auch bezüglich Ungarn weiterhin eingeleitet, auch wenn Zurückführungen in unser Nachbarland, wo inzwischen Flüchtlinge systematisch wegen illegalen Grenzübertritts inhaftiert werden, nur in Ausnahmefällen stattfinden. Länder wie Italien und Bulgarien sind regelmässig Ziel von Zurückführungen im Rahmen des Dublin-Systems. Im Falle von Slowenien und Kroatien werden zwar Dublin-Verfahren eingeleitet, Rückführungen scheinen aber auch hier kaum zu gelingen.

Die österreichische Regierung hatte schon im Mai vergangenen Jahres mit einem Asylnatorium gedroht. Anfang 2016 nun propagierte sie eine Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen. Wie sollte das konkret aussehen?

Für 2016 ist eine Obergrenze von 37 500 Asylgesuchen vorgesehen. In den kommenden zwei Jahren soll dieses Kontingent wiederum verringert werden. Ob und wie eine solche Regelung mit internationalem und europäischem Recht in Einklang zu bringen sei, war Gegenstand zweier juristischer Gutachten, die im Auftrag der Bundesregierung erstellt wurden. Da wurden zwar einige Bedenken formuliert. Grundsätzlich hiess es aber, eine solche Regelung sei rechtlich möglich.

Und jetzt folgt die Gesetzesänderung?

Ja, die Gesetzesänderung ist Ende April im Parlament beschlossen worden. Sie ermöglicht es, Flüchtlinge an der Grenze aber auch im Landesinneren zurückzuschieben, noch bevor sie Gelegenheit erhalten einen Asylantrag zu stellen. Diese Aushebelung des Rechts auf Asyl kann im Falle einer Bedrohung der «öffentlichen Ordnung und der inneren Sicherheit» durch eine Art «Notstandsverordnung» in Kraft treten.

Im Februar berichteten die hiesigen Medien, dass die Grenze zu Slowenien am wichtigsten Übergang in Spielfeld nun eingezäunt sei und auch andere Möglichkeiten, über die Grenze zu kommen, abgeschnitten werden sollten. Polizei und Militär würden nur eine beschränkte Anzahl von Flüchtlingen durchlassen. Wie muss man sich das genau vorstellen?

Es wurde ein tägliches Limit von 80 Asylanträgen an der Südgrenze und von 3200 Personen für den Transit festgelegt. De facto hatte diese Abwehrmassnahme durch – wie der Zaun euphemistisch genannt wurde – «bauliche Massnahmen» am Grenzübergang Spielfeld wenig Auswirkungen, weil gleichzeitig alle Staaten entlang der «Balkan-Route» ihre Grenzen dicht machten und sich die Fluchtrouten wieder Richtung Italien bewegten. Die Schliessung der Grenzen zu Italien verursacht aber größere Probleme, weil es von regionalen PolitikerInnen nicht so ohne weiteres hingenommen wird, wenn zwischen Nord- und

Südtirol wieder ständig kontrolliert wird. «Bauliche Massnahmen» wurden schon durchgeführt.

Das Vorgehen Österreichs musste natürlich Auswirkungen auf die umliegenden Länder haben. Fangen wir mal im Norden an. Wie entwickelte sich denn die Situation an der Grenze zu Deutschland?

Noch 2015 waren von der deutschen Polizei Übernahmekontingente für die Transitflüchtlinge festgelegt worden. Pro Stunde sollten nur 50 Personen die fünf Übernahmestellen passieren. Die Anzahl der Transitflüchtlinge ist seit der Schliessung der Balkanroute stark rückläufig. Es gibt nun kei-

« Es wurde ein tägliches Limit von 80 Asylanträgen an der Südgrenze und von 3200 Personen für den Transit festgelegt.»

ne Wartezeiten mehr und deshalb werden die Transitquartiere nun vermehrt als Quartiere für obdachlose Asylsuchende genutzt. Teilweise wurden sie auch geschlossen wie das an der Grenze zwischen Salzburg und Freilassing. Die Anzahl der Zurückschiebungen aus Deutschland ist gestiegen. Betroffen sind generell Flüchtlinge, die andere Zielländer als Deutschland haben.

Slowenien und danach alle voraus gelagerten Staaten auf der Balkanroute sind dem österreichischen Beispiel gefolgt und haben die Grenzen weitgehend geschlossen. Wie hat sich denn die Situation an der slowenischen Grenze weiterentwickelt?

An der slowenischen Grenze ist das Grenzmanagement, das Registrierung und Kontrolle der Flüchtlinge kanalisiert, im März in Betrieb gegangen. Die Polizei wird an der Grenze durch das Bundesheer unterstützt, im März waren 850 Soldaten im Einsatz. Es wurden auch Flüchtlinge, die Asyl in Österreich beantragen wollten, rechtswidrig nach Slowenien zurückgewiesen.

Im März hat die EU mit der Türkei einen Deal vereinbart. Die Türkei nimmt «illegal» nach Griechenland einreisende Flüchtlinge zurück. Andererseits nimmt die EU die gleiche Anzahl von Flüchtlingen direkt aus der Türkei auf. Gibt es schon Angaben, wie viele dieser Menschen nach Österreich kommen können?

In Österreich wurden in den vergangenen beiden Jahren insgesamt etwas mehr als tausend Flüchtlinge im Rahmen einer Resettlement-Aktion aufgenommen. Diese Flüchtlinge kamen aus Jordanien, dem Libanon und der Türkei. Österreich hat sich zuletzt bereit erklärt auch 2016/17 wieder ein Kontingent von 400 syrischen Flüchtlingen direkt aus Jordanien und dem Libanon aufzunehmen, zusätzlich sollen im Rahmen des EU-Türkei Übereinkommens ca. 2000 Flüchtlinge für Österreich vorgesehen sein. Zu welcher Zahl die Regierung letztendlich die Zustimmung geben wird, ist zurzeit noch offen.

(Bu)

«OBERGRENZE» AUCH IN DER SCHWEIZ?

NOTSTANDS- PLANUNG



WAS SOLL PASSIEREN, WENN DIE ZAHL DER ÜBER ITALIEN IN DIE SCHWEIZ KOMMENDEN FLÜCHTLINGE MASSIV ZUNIMMT?

Die «Migrationslage» sei sehr «volatil», heisst es in den «Eckwerten» der «Notfallplanung», auf die sich Bund, Kantone und Gemeinden im April 2016 geeinigt haben. Auf drei abgestufte Szenarien bereitet man sich vor: erstens, dass innerhalb eines Monats 10000 Asylgesuche gestellt werden, zweitens, dass sich dies in drei aufeinander folgenden Monaten wiederholt. In der dritten Variante ist nicht mehr von Asylgesuchen die Rede, sondern nur noch von «30000 irregulären Grenzübertritten innert weniger Tage». Auch in solchen «Notfällen» wollen die Behörden unbedingt daran festhalten, dass alle Asylsuchenden zu registrieren und einer Sicherheitsüberprüfung zu unterwerfen seien, bevor sie aus «Notunterbringungsstrukturen des Bundes» auf die Kantone verteilt werden. Bei der Sicherheitsüberprüfung soll der Nachrichtendienst des Bundes helfen. Das SEM verfüge über die Infrastruktur, um täglich die Fingerabdrücke von 750 Personen zu erfassen; das Grenzwachtkorps (GWK) soll es bei der Registrierung der Flüchtlinge unterstützen. Zusätzlich könnten 2000 Soldaten vor allem für logistische Aufgaben mobilisiert werden.

Festhalten will man auch an der bisherigen Prioritätensetzung. «Schwach begründete Asylgesuche» sollen in «fast-track» und 48-Stunden-Verfahren abgebügelt werden. Über «Dublin-Fälle» will man «wenn immer möglich fristkonform» entscheiden. Das Eckwerte-Papier verliert jedoch kein Wort darüber, dass bei einer starken Zunahme der über Italien kommenden Flüchtlinge eine Rückschaffung in diesen angeblichen Erst-Asyl-Staat kaum mehr möglich sein dürfte.

Von einer Abriegelung der Südgrenze ist in der «Notfallplanung» noch nicht die Rede. Das GWK soll jedoch verstärkt Kontrollen an «neuralgischen Grenzabschnitten» durchführen. Und für den Fall, «dass die Asylgesuche nicht mehr im ordentlichen Verfahren bewältigt werden können», erarbeitet das SEM «ein Konzept zur Anwendung von Art. 55 Asylgesetz». Danach kann der Bundesrat in «Ausnahmesituationen» vom Gesetz abweichen, «die Voraussetzungen für die Asylgewährung und die Rechtsstellung der Flüchtlinge einschränken und besondere Verfahrensbestimmungen aufstellen.»

An ihrer Frühjahrstagung ersuchte die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren den Bundesrat, «alle denkbaren Möglichkeiten für eine Steuerung oder zahlenmässige Beschränkung der Zugänge im Asylbereich» zu prüfen. Im Klartext heisst das nichts anderes als, eine Obergrenze einzuführen. (Bu)

IST DIE KIRCHE NOCH EIN SCHUTZRAUM?

Kirchenasyl in Basel geräumt

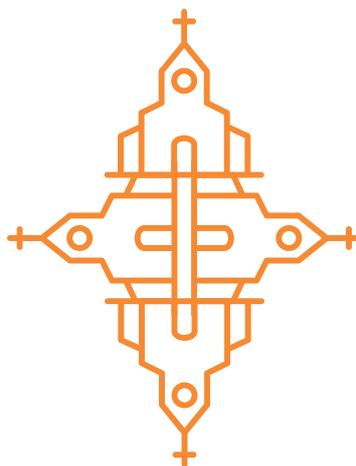
Mit Inhaftierungen und Ausschaffungen endete am 3. März 2016 ein Versuch, auch in der Deutschschweiz ein «Refuge» zu eröffnen.

Das «Refuge» in der Kirche St. Laurent in Lausanne existiert seit 2015. Am 7. Februar 2016 folgten AktivistInnen der antirassistischen Gruppe «Wir bleiben» dem Lausanner Beispiel und liessen sich in der Matthäuskirche in Basel nieder. Unter ihnen waren acht von Dublin-Ausschaffungen bedroht, sieben nach Italien, einer nach Ungarn. Sie forderten, sechs Monate in der Kirche bleiben zu können, um die in der Dublin-Verordnung vorgesehene Überstellungsfrist auslaufen zu lassen.

Ein Manifest der Solidarität

In einem Flyer hatte die Gruppe ihre Aktion erklärt: «Wir sind Menschen unterschiedlicher Herkunft, die mit der derzeitigen Migrationspolitik nicht leben können. Einige von uns können nicht mit ihr leben, weil wir direkt von ihr betroffen sind. Wir werden in Kategorien wie richtige und falsche Flüchtlinge eingeteilt und sind von Haft und Ausschaffung bedroht. Für uns ist die Kirche ein Ort, an dem wir Schutz finden, und der uns die Möglichkeit gibt, jenseits der Lager und Gefängnisse zu leben. Andere von uns können nicht mit der Migrationspolitik leben, weil wir nicht länger ihrer täglichen Durchsetzung zusehen können.»

In ihrem Manifest forderte die Gruppe eine andere Migrationspolitik und einen anderen Umgang mit Migration. Sie erklärt, dass sie sich nicht nur gegen die aktuellen gesetzlichen Bestimmungen wendet, sondern gegen die gesamte Logik, auf der diese Gesetze beruhen. Der schweizerische Asylbegriff sei einer der restriktivsten in ganz Europa. Das Dublin-System ein rücksichtsloser Vertrag, der Verantwortung abschiebe und MigrantInnen zu verschiebbaren Objekten degradiere. Der Kategorisierung in Menschen, die entweder schützenswert oder ausschaffbar, entweder verwertbar oder unbrauchbar seien, müsse Widerstand entgegengesetzt werden. Die



«Um halb neun Uhr morgens drangen vier VertreterInnen des Migrationsamtes zusammen mit acht PolizistInnen in die Kirche ein.»

«Niederlassung» in der Kirche sei auch eine Möglichkeit zur Solidarisierung. Und zu einer Migrationspolitik, die der Selbstbestimmung aller Menschen wieder einen Wert gebe.

Kirche von oben oder Kirche von unten?

Die Matthäuskirche hätte einen Schutzraum für diesen Widerstand bieten können. Doch weder die Behörden noch der kantonale Kirchenrat der evangelisch-reformierten Kirche liessen Raum dafür. Die «Niederlassung» währte rund einen Monat, am 3. März wurde gewaltsam geräumt. Um halb neun Uhr morgens drangen vier VertreterInnen des Migrationsamtes zusammen mit acht PolizistInnen in die Kirche ein. Sie nahmen Personenkontrollen vor und registrierten die Fingerabdrücke der AktivistInnen. Acht von ihnen wurden festgenommen. Sechs sind nach Italien ausgeschafft worden, einer nach Deutschland. Derjenige mit dem

Ungarn-Entscheid musste nach einem Haftentlassungsgesuch frei gelassen werden.

In einem Fernseh-Interview nach der Räumung der Kirche erklärte der Leiter des Migrationsamtes, die Kirche sei zwar ein spezieller Ort für einen Auftrag der Strafverfolgung. Gesetze müssten aber überall durchgesetzt werden. Die Kirchenadministration hat dem auch nichts entgegengesetzt. Der Kirchenrat der evangelisch-reformierten Kirche solidarisierte sich nicht mit dem Widerstand gegen die aktuelle Migrationspolitik, sondern betrachtete die Schutzsuchenden vielmehr als Eindringlinge, die es schnell loszuwerden galt. Es sei zwar nicht Aufgabe der Kirche, eine Besetzung zu beenden, erklärte der Vorsteher des Kirchenrates. Die Migrationsbehörden könnten jedoch jederzeit in der Kirche Kontrollen durchführen. Dass es hier nicht einfach um Kontrollen ging, sondern um Inhaftierungen und Ausschaffungen, hat der fromme Mann offensichtlich verdrängt. Indem die Amtskirche Massnahmen staatlicher Gewalt in einer Kirche zulies, erteilte sie auch den vielen solidarischen ChristInnen in diesem Land eine schallende Ohrfeige.

Die Gruppe «Wir bleiben» legt Wert auf Differenzierungen. Sie betont, «dass der Kirchenrat nicht für die gesamte Kirche steht. Wir haben viel Unterstützung und Sympathiebekundungen von Mitgliedern der Matthäuskirche und anderen Gemeinden erhalten.» Und weiter: «Es ist nicht möglich, dass ein kantonaler Kirchenrat mit seinem Desinteresse für menschliche Anliegen, seiner Verweigerung von Gesprächen und seinen harschen Androhungen eine jahrhundertalte und internationale Tradition zerstört. Das Kirchenasyl muss auch in Zukunft eine Möglichkeit sein, Schutz zu finden. Wir ermutigen die Kirchen weiterhin, menschliche Akzente im Umgang mit Migration zu setzen.»

(Wi)

Mehr Infos unter <http://wirbleiben.info>

SVP und Co.

**Frankreich, Deutschland,
Dänemark, Österreich...:
überall in Europa ist seit ungefähr
30 Jahren die äusserste Rechte
auf dem Vormarsch.**

Es ist eine politische Kategorie, die sich nicht einfach definieren lässt und manchmal ein vages Sammelsurium darstellt. Gemäss «Le Monde Diplomatique» umfasst sie «Parteien, Bewegungen und heterogene Kleinstgruppen, deren Gemeinsamkeit eine radikale Kritik der Demokratie im Namen einer autoritären, rassistischen und nationalistischen Ideologie ist, die bestrebt ist, einen Teil der Individuen aus der Nation und/oder aus der Bürgerschaft und von den damit verbundenen Rechten auszuschliessen». Einige von ihnen liegen klar auf der ideologischen Linie des deutschen Nationalsozialismus (Nationaldemokratische Partei Deutschlands – NPD) oder des italienischen Faschismus (Fiamma tricolore, Forza nuova). Sie sind aber klar in der Minderheit gegenüber jenen, die die parlamentarische Demokratie formell akzeptieren, um gewissermassen «salonfähig» zu erscheinen, und die sich manchmal als «nicht links, nicht rechts» bezeichnen (Alternative für Deutschland – AfD).

Gegen die Flüchtlinge und den Islam

Kleinstgruppen oder Bewegungen, Regierungsparteien oder ausserparlamentarische Opposition: gemeinsam ist ihnen allen der (mehr oder weniger heftige) aggressive Diskurs gegenüber den AusländerInnen und speziell den Flüchtlingen. Die Ängste, welche die diversen Attentate in Europa geschürt haben, waren Wasser auf ihre Mühlen und wurden umgehend aufgenommen. So forderte etwa Marine le Pen, Chefin des Front National, nach den Pariser Attentaten vom November 2015 «einen sofortigen Stopp jeglicher Aufnahme von Migranten in Frankreich», weil «einer der Kamikaze vom Stade de France ... in der Masse der Migranten nach Griechenland gelangt ist.» Vergleichbare Pauschalisierungen wurden von der AfD nach den sexuellen Übergriffen der Silvesternacht in Köln verbreitet. Noch bevor es Erkenntnisse zu den Urhebern dieser Aggressionen gab, verkündete Jörg Meuthen im Namen seiner Partei: «Migranten, die in dieser Weise kriminell sind, und offenbar keine Hemmungen oder Unrechtsbewusstsein gegenüber massiven sexuellen Übergriffen auf Frauen haben, sind hochgefährlich und zeigen, dass sie keinerlei Integrationswillen besitzen.» Wunderbare Gelegenheiten, um den Diskurs über den Widerstand gegen die



**Solidarité
sans
frontières**

**DOSSIER 2 – 2016
SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES**

JUNI 2016

RECHTS AUSSEN



Lager Presevo. «Please Mrs. Merkel, don't send us back».

«Islamisierung des Abendlands» zu beleben. Denn heute ist der Islam und alles, was man ihm zuordnen kann, zum Lieblingsfeind dieser Parteien avanciert.

Antieuropäer

Die Parteien am rechten Rand haben sich stets mit antieuropäischen oder zumindest europakritischen Stellungnahmen profiliert. Die Ablehnung des schweizerischen Beitritts zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) durch das Stimmvolk 1992 war ein wesentlicher Faktor für den Aufstieg der SVP und vor allem von Christoph Blocher. Noch heute ist sie die einzige Regierungspartei der Schweiz, die die EU und die bilateralen Verträge grundsätzlich ablehnt und damit Kapital aus den unterschiedlichen Gründen für eine Unzufriedenheit mit den Entscheidungen der europäischen Politik schlägt.

Diese Haltung der Rechtsausser-Parteien gegenüber der EU führt die anderen politischen Kräfte oft zu einem vereinfachenden Schluss im Sinn von: Da die Parteien am

rechten Rand, die «Bösen»/Isolationisten/Nationalisten gegen die EU/die Bilateralen sind, müssen die «Guten»/Weltoffenen/Internationalisten die Politik der EU und die bilateralen Verträge unterstützen. In dieser Logik tappen all jene, welche die Bilateralen oder die politischen Entscheide der EU kritisieren, in die Falle der SVP und spielen deren Spiel.



**Dossier vom
Bulletin 2 – 2016**

**Solidarité sans frontières
Schwanengasse 9
3011 Bern
www.sosf.ch**

**sekretariat@sosf.ch
Fon 031 311 07 70
PC 30-13574-6**



In Wirklichkeit sind die Dinge alles andere als einfach. Nehmen wir die Immigrations- und Asylpolitik der EU, die Solidarité sans frontières (Sosf) besonders interessiert: Während das offizielle Ziel des Schengen-Raums die Aufhebung der Konkurrenz zwischen den einzelstaatlichen Politiken bezüglich Abschottung und Ausgrenzung sein sollte, führte die dadurch implementierte politische Ordnung in Wahrheit zu einer gemeinsam betriebenen Abschottung Europas und Ausgrenzung der aussereuropäischen MigrantInnen. Die Konkurrenz, in der sich die europäischen Staaten darin überbieten, möglichst unattraktiv für MigrantInnen zu sein, ist dabei keineswegs verschwunden. Ganz im Gegenteil: Heute ermutigt die Politik Europas die Staaten an der Aussengrenze oder auf der Balkanroute ihre Grenzen zu schliessen und zu militarisieren. Und unterstützt damit gleichzeitig die Entstehung jener nationalistischen und xenophoben Strömungen, an denen Europa derzeit krankt. Wer ein offenes und demokratisches Europa will, darf daher den Rechten nicht das Monopol für die die Kritik der EU-Politik überlassen.

Die grösste Partei der Schweiz

In der Schweiz war die äussere Rechte noch nie so stark. Mit 65 NationalrätInnen (32,5 Prozent), ihren schier unerschöpflichen finanziellen Mitteln und ihrer Fähigkeit, Regierungspartei zu sein, ohne ihr Image als Opposition und «Tabubrecherin» zu verlieren, bestimmt die SVP heute die politische Agenda, ohne dabei sonderlich bedrängt zu werden. Mit Peter Niggli, einem langjährigen Beobachter der «rechten Seilschaften», haben wir im folgenden Interview versucht, den Aufstieg der National-Konservativen in diesem Land zu beleuchten: Wo steht die SVP im Vergleich zu anderen europäischen rechtsradikalen Parteien? Wie hat sich ihre Strategie im Lauf der Jahre verändert? Weshalb wählen die Leute sie, oft sogar gegen ihre eigenen Interessen? Die Strategie einer Organisation wie Sosf muss diesen Fragen heute Rechnung tragen. Die Politik von Parteien wie der SVP ist aber bei weitem nicht das einzige Problem der Organisationen, die sich für die MigrantInnen einsetzen. Denn, um den Rechtsparteien einen Teil der Wählerschaft streitig zu machen, haben die meisten etablierten Parteien einen guten Teil von deren «Argumenten» übernommen...

(io)



WIE DIE SVP DIE POLITISCHE AGENDA DIKTIERT

Der rechte Ran

«Wir haben es hier mit offensichtlich rechtsradikalen Parteien zu tun, die nicht in die Faschismusfalle laufen wollen, weil ihnen das schaden würde.», sagt Peter Niggli. Seit Jahrzehnten beobachtet er die «unheimlichen Patrioten» und die «Rechten Seilschaften» in der Schweiz.

Quer durch Europa haben derzeit fremdenfeindliche Parteien Aufwind, die SVP ist eine von ihnen. Gemeinhin wird hier von «Rechtspopulismus» geredet. Was taugt dieser Begriff?

Ich gebrauche ihn nie, weil er eine Gleichsetzung mit dem Linkspopulismus impliziert. Vor dem warnen die Bürgerlichen ja seit Jahren, weil er angeblich die niederen Neidgefühle auf die Reichen anstachelt. Dahinter steckt die Vorstellung, dass es nur eine zulässige Politik gäbe, die wird von den Alternanz-Parteien ausgedrückt: ein bisschen liberal, ein bisschen sozialdemokratisch, ein bisschen christdemokratisch, ein bisschen gaullistisch. Die Ränder gelten da immer als gefährlich. Ich habe die SVP immer als nationalkonservativ bezeichnet. Im Vergleich mit rechtsextremen Bewegungen in Europa würde ich sie als rechtsradikal verorten. Sie zweifelt ja im Moment nicht die Legitimität demokratischer Verfahren an.

Welche Beziehungen hat die SVP zu den Rechten in andern Ländern Europas?

Am Beginn ihres Aufstiegs, Ende der 80er bis Mitte der 90er Jahre, haben sich Christoph Blocher und seine Unteroffiziere davor gehütet, irgendwelche Verbindungen mit entsprechenden Bewegungen in Europa

offenzulegen. Sie wollten nichts mit der FPÖ und auch nichts mit Le Pen und seinen Gaskammersprüchen zu tun haben. Jede Kontamination der SVP durch irgendwelche Nazi-Anklänge wären bei ihrer Klientel schlecht angekommen. Gerade die Zweite-Weltkriegsgeneration, diese alten Männer, die sich als Sieger fühlten über den Nazismus, hätten das nicht goutiert. Das hat sich heute geändert. Heute macht man Vortragsreisen ins Ausland und empfängt auch Vertreter solcher Gruppen, Victor Orban wurde schon besucht. Die SVP dient diesen Parteien und Bewegungen zudem schon länger als Beispiel – unter anderem wegen ihrer Politisierung des Islams. Für die Anti-Minarett-Initiative erhielt sie breiten Beifall. Wir haben es hier mit offensichtlich rechtsradikalen Parteien zu tun, die nicht in die Faschismusfalle laufen wollen, weil ihnen das schaden würde. Sie haben gelernt, dass man auch in Demokratien herrschen kann, ohne dass man sie abschaffen muss. Es ist eine falsche Vorstellung, dass der Faschismus sich in der gleichen Form wiederholen wird wie in den 1920er und 1930er Jahren. Aber diese Parteien sind das, was damals die faschistischen Bewegungen ausgemacht hat. Das gilt grundsätzlich auch für die SVP. Der einzige Unterschied ist, dass sie aus einer



d und die Mitte

klassischen bürgerlichen Partei hervorging, die sich stark gewandelt hat. Die SVP vor 20 Jahren, also die schweizerische, nicht die zürcherische, war noch Teil des Bürgerblocks.

Aber spielte nicht schon die alte Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB), die SVP-Vorläuferin, am rechten Rand des Bürgerblocks?

In den 30er Jahren war bei den Katholisch-Konservativen, den Vorläufern der CVP, das reaktionäre Gedankengut stark verbreitet. Die waren damals sehr vom Ständestaat angetan und orientierten sich teilweise am italienischen Faschismus. Die BGB hat auch solche Figuren gehabt, aber in ihren Reihen gab es auch Leute, die klar gegen das Nazitum waren. In den 70er Jahren stiessen dann die alten Demokratischen Parteien zur BGB. Das waren historisch eher linksfreisinnige Parteien. Da erfolgte dann die Umbenennung in SVP und man versuchte sich für ein jüngeres und städtisches Publikum zu öffnen. Die SVP blieb aber eine zehn-Prozent-Partei. Erst 1995 begann dank der Zürcher Sektion der Wahlaufstieg.

Es war ein Wahlaufstieg und gleichzeitig ein Aufsaugen der anderen rechten Parteien, der Nationalen Aktion/Schweizer Demokraten, der Auto-/Freiheitspartei ...

1999 erreichte die SVP 22 Prozent der Wählerstimmen. Die Hälfte davon kamen aus dem Restpotenzial von Schweizer Demokraten, Autopartei und lokalen rechten bzw. rechtsextremen Parteien. Die SVP hat den rechten Rand aufgesogen und damit bis

Ende des Jahrhunderts ihren Wähleranteil verdoppelt. Danach hat sie nochmals zehn Prozent dazu gewonnen, vor allem auf Kosten von CVP und FDP. Beide Parteien hatten starke rechte Flügel und von denen konnte die SVP auch Leute übernehmen. Blocher hat in den 80er Jahren schon mit denen paktiert. Sein Ziehvater war Otto Fischer, der langjährige Direktor des Gewerbeverbands, ein Freisinniger, mit dem zusammen er 1986 die AUNS gegründet und den UNO-Beitritt versenkt hat.

Du unterscheidest zwischen dem Zürcher Flügel und der SVP auf nationaler Ebene

Diese Unterscheidung galt für die Aufstiegsjahre. Mit dem Wahlsieg 1999 begann der Endkampf um die Führung der Partei und es war klar, dass diejenigen, die sich gegen den Zürcher Flügel um Blocher stellten, keinen Stich mehr hatten. Die wenigen, die die Wandlung nicht mitmachen wollten, traten aus oder gingen in andere bürgerliche Parteien. Andere resignierten, aber blieben – Adolf Ogi beispielsweise, der hätte sonst sein ganzes Lebenswerk und seine politische Heimat zunichte gemacht. Und die, die nicht resignierten, haben am Schluss die BDP gegründet, die jetzt sehr viel Mühe hat.

Mit ihrem Mix aus Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Kriminalitätsangst punktet die SVP angeblich vor allem bei Globalisierungsverlierern.

Ich nehme meine Mutter als Beispiel. Eine anständige Frau, die immer für mich gearbeitet hat, während der Vater sich schon früh

verabschiedet hatte. Sie wählte regelmässig sozialdemokratisch, und aus Loyalität zu mir ein bisschen grüne Partei, weil ich dort aktiv war. Und sie sagte auch, ich wähle keinen Milliardär. Aber in ausländerpolitischen Fragen stimmte sie mit der SVP. Die haben dort ein Thema gefunden, wo sich Leute wie meine Mutter – sie kam gewissermassen aus dem Dienstleistungsproletariat – angesprochen fühlten. Deswegen gewinnt die SVP bei Abstimmungen über Ausländerfragen regelmässig. Dort stimmen Leute für ihre Parolen, die die SVP nicht wählen. Und man hat den Eindruck, dass sie das immer massiver tun.

Wie geht das damit zusammen, dass ihre Repräsentanten Milliardäre sind und die Partei in ökonomischen Fragen einen neoliberalen Kurs fährt?

Blocher ist ja als Person und Unternehmer der Neoliberalen par excellence. Zusammen mit Martin Ebner war er in den 80er Jahren einer der ersten grossen Finanzcasino-Spieler. Er baute seine Ems-Chemie so um, dass sie auch Kriegskasse für Finanzoperationen wurde. Er ist sicher neoliberal in dem Sinne, dass er den Staat für eine sozialistische Institution hält, in der sich die Linken eingenistet haben, um Flüchtlinge und Sozialfälle zu hätscheln. Er denkt, eine massive Verschlankung des Steuerstaates nütze den wirklich Arbeitenden, nämlich den Unternehmern, die den Reichtum schaffen. Er war an sich auch der Meinung, dass man die AHV abschaffen bzw. in eine Privatversicherung umwandeln könnte. Er hat dann aber gemerkt, dass die SVP an dem Punkt nur verlieren kann. » 7



Peter Niggli, geb. 1950, Journalist und Autor, sass 1990-1996 für die Grünen im Zürcher Gemeinderat, von 1998-2015 Geschäftsführer von Alliance Sud. Ko-Autor von «Die unheimlichen Patrioten. Politische Reaktion in der Schweiz» (Limmat-Verlag, Zürich 1979, zusammen mit Jürg Frischknecht, Peter Haffner und Ueli Haldimann) und «Rechte Seilschaften. Wie die unheimlichen Patrioten den Zusammenbruch des Kommunismus meisterten» (Rotpunkt-Verlag, Zürich 1998, zusammen mit Jürg Frischknecht).



Dass die Wählerklientel nicht richtig «reformfreudig» ist, musste auch die bürgerlichen Verbündeten Blochers feststellen. Mit seinem Eintritt in den Bundesrat 2003 hofften sie, zusammen mit der Economiesuisse auf einen neoliberalen Durchmarsch: Schwächung der öffentlichen Sozialversicherungen, Steuergeschenke für die Reichen etc. Die erste Enttäuschung kam dann mit der Volksabstimmung im Mai 2004. Da ging es um ein Steuerepaket und zwei AHV-Vorlagen. Diese Abstimmung haben sie verloren. Und die Abstimmungsanalyse zeigte, dass die Anhängerschaft der SVP nur zur Hälfte zugestimmt hatte. Der Rest hat «links» gestimmt. Viele der Wähler, die die SVP neu gewonnen hatte, sahen sich durch diese Politik nicht vertreten. Sie stimmten dagegen und das hat sich bis heute nicht richtig geändert.

Der zweite Aspekt des Neoliberalismus ist die wirtschaftliche Öffnung nach aussen, Freihandelsverträge etc.. Widersprüche zwischen der SVP und den bürgerlichen Partnern gibt es da nicht nur hinsichtlich der Anbindung an die EU, sondern auch in Fragen der Landwirtschaft. Seit mindestens zehn Jahren polemisiert die Economiesuisse gegen die Sonderstellung der Landwirtschaft, weil die heute ein Hindernis für den Abschluss von

Freihandelsverträgen ist. Die SVP dagegen stellt sich nach wie vor schützend vor die Landwirtschaft. Ich würde deshalb sagen, die Bauern sind durchaus gut vertreten in ihren wirtschaftlichen Interessen durch die SVP. Die anderen Schichten, die für sie stimmen, täuschen sich. Sie schneiden sich ins eigene Fleisch.

Wie hat sich das Verhältnis der SVP zu den anderen bürgerlichen Parteien entwickelt?

Bis 2003 gab es bei FDP und CVP starke Abgrenzungstendenzen gegen die neue SVP. Heute prägt sie grosse Teile der politischen Agenda. In Ausländer- und Asylfragen ganz klar. Sie ist also auch stark geworden, weil sie heute die FDP und die CVP stark beeinflusst. Ich kenne alte Freisinnige, die früher unsere Wunschgegner waren – stramme Antikommunisten, Oberste im Militär, Würdenträger im Staat –, die heute die eigene Partei nicht mehr wieder erkennen. Bei der CVP dauerte das ein bisschen länger. Die von Blocher erzwungene Abwahl ihrer zweiten Bundesrätin Ruth Metzler hat in der CVP einige Abwehrkräfte geweckt, verkörpert durch Christophe Darbellay. Der neue CVP-Präsident Pfister dient nun der Anpassung. Bei Ausländer- und Asylthemen dachten die Führungsfiguren beider Parteien, wir können uns nur halten, wenn wir der SVP nachgeben. Deswegen schreiben sie immer die zweitschlimmere Version von SVP-Initiativen.

Aber auch in der SP gibt es Leute, die meinen, sie müssten die «Ängste der Bevölkerung» ernstnehmen.

Die «Ängste der Bevölkerung», das war die Wortschöpfung des «linksliberalen» Tagesanzeigers, als er begann, die Ausländerthemen «kritisch» zu bearbeiten, die «Missstände» aufzugreifen, die die SVP seit 1989 thematisiert. Die Dinge, die ursprünglich die SVP politisiert hat, werden heute im Mediendiskurs automatisch bearbeitet. Die übliche Denkweise heisst da: Wir als Publikumsmedium überleben nur, wenn die Zeitung genügend verkauft wird und wir genügend AbonnentInnen haben. Im Kanton Zürich sagen sie dann, gut dreissig Prozent sind SVP-Leute, die sollen uns auch kaufen, die müssen sich auch «finden» in unserer Zeitung.

Die «Ängste der Bevölkerung» waren ein anti-linkes Argument. Es hiess, die SP könne sich nicht darauf versteifen, dass es keine Probleme mit Ausländern gibt, sondern muss diese «Ängste» ernst nehmen.

Damit war gemeint, sie müsste auch ein bisschen die Politik der SVP machen. Simonetta Sommaruga ist eine, die solche Ängste ernstnehmen will. Aber auch viele andere sozialdemokratische Würdenträger benutzen den Ausdruck mittlerweile.

Nun hat die SVP erstmals ein Referendum gegen eine Asylgesetzrevision ergriffen – noch dazu gegen eine, die in wesentlichen Punkten ihren Forderungen entspricht, insbesondere was die Kasernierung von Flüchtlingen in grossen Zentren betrifft. Ist das ein Strategiewechsel?

Das ist im Grund dasselbe Szenario wie bei der Durchsetzungsinitiative: Nach der Annahme der Ausschaffungsinitiative hat das Parlament ein Gesetz verabschiedet, das noch knapp im Rahmen der Verfassung liegt. Die SVP war damit nicht zufrieden, sondern wollte den totalen Sieg. Bestimmte verfassungsmässige Rücksichten sollten bei Ausländern gar keine Rolle mehr spielen. Damit ist sie auf die Nase gefallen, das hat mich schon sehr gefreut. Jetzt haben wir hier eine Asylgesetzrevision, die eine ganze Serie von SVP-Forderungen erfüllt. Sie haben aber nicht alles erhalten. Nur neunzig Prozent. Die «Gratisanwälte» stören sie, und das Enteignungsrecht. Und wie bei der Durchsetzungsinitiative sagt die SVP auch jetzt wieder: Wir wollen alles. Diesmal könnte ihr Kalkül aufgehen. Einerseits folgt die Abstimmung unmittelbar auf die Durchsetzungsinitiative und es wird vielleicht nicht die gleiche Mobilisierung geben. Und andererseits gibt es hier auch Kritik von links. Es gibt gute Gründe gegen dieses Gesetz zu sein, die Argumente der Demokratischen Juristen sind an sich richtig. Allerdings entsteht dadurch eine ähnliche Konstellation wie 1992 bei der EWR-Abstimmung. Da kam auch von Teilen der Linken das EU-kritische Nein und dann hat die SVP den Sieg eingefahren. Für sie zählt das Nein. Wieso jemand nein sagt, ist ihr wurst. Eine Volksabstimmung ist ja immer eine binäre Sache – ja oder nein. Diskussionen sind an der Urne nicht mehr möglich.

(Bu/io)

SCHWEIZER GELD FÜR EIN LAGER IN UNGARN

Schmutziger Deal

Die schweizerischen Behörden reissen Familien auseinander. Der afghanische Flüchtling Mohammad K. wurde trotz mehrerer Protestaktionen per Sonderflug nach Ungarn ausgeschafft, nachdem das SEM die Zusammenlegung seines Asylgesuchs mit dem der Familie seines Onkels abgelehnt hatte. Mohammads leiblicher Vater ist verstorben, seine leibliche Mutter in Afghanistan verschollen. Seit er drei Jahre alt ist, kümmern sich deshalb sein Onkel und dessen Frau um ihn. Sie und ihre drei Kinder sind seine soziale Familie, auch wenn die Adoption nie schriftlich festgehalten wurde.

Am 16. Februar 2016, um 4 Uhr morgens, stürmten acht Polizisten in Mohammads Zelle im Regionalgefängnis Bern. An Hand und Fuss gefesselt wurde er zum Flughafen gefahren. Von dort aus verfrachtete ihn die Fluggesellschaft Air Berlin nach Budapest. «Wer sich wehrte, dem wurde eine Spritze verabreicht», erklärte Mohammad telefonisch nach der Verschleppung. Am Budapester Flughafen sah er sich gezwungen, ein Asylgesuch einzureichen, um nicht für sechs Monate inhaftiert zu werden.

Seither lebt er in einem Lager in Bicske, das die Schweizer Behörden mit 7 Millionen Franken mitfinanzieren, wie auf einer grossen Tafel vor dem Eingang zu lesen ist. Mit der Finanzierung will sich die Schweiz den Anschein geben, dass auch Dublin-Ausschaffungen nach Ungarn legitim seien. Das Lager in Bicske ist eines der wenigen in Ungarn, das den geforderten Menschenrechtsstandards entspricht. Die Berichte von NGOs zeigen aber, dass dies eine Ausnahme ist: Ungarn gewährleistet weder korrekte Asylverfahren noch eine menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten. Das bestätigen die Schweizerische Flüchtlingshilfe, Amnesty International Schweiz und auch der European Council on Refugees and Exiles (ecre). Anfangs Februar entschied daher das Verwaltungsgericht Saarlouis (D), dass Ausschaffungen nach Ungarn nicht mehr zumutbar seien. Auch das Schweizer Bundesverwaltungsgericht erklärte am 23. Februar einen Vollzugsstopp nach Ungarn, wenn die in die Schweiz Geflüchteten eine Beschwerde gegen ihre Dublin-Ausschaffung einreichen. Dennoch führen die Schweizer Behörden weiterhin eifrig Sonderflüge nach Ungarn durch. Mit der Finanzierung des Lagers Bicske haben sie sich die Zusage Ungarns erkaufte, im Gegenzug monatlich zwölf Dublin-Fälle der Schweiz zu behandeln. Dieser schmutzige Deal macht Menschen zu Sachen, die man bedenkenlos

verschiebt. Mit Geld wird eine gewaltsame Ausschaffungspolitik durchgesetzt.

Das Bleiberecht-Kollektiv Bern ist erschüttert angesichts der Ausschaffung von Mohammad und bemüht sich, den Kontakt zu ihm aufrecht zu erhalten.

Bleiberecht Kollektiv Bern

Infos zu Mohammads Ausschaffung

und zu den NGO-Berichten:

<http://bit.ly/1NZT64y>

NZZ-Artikel zum Bundesgerichtsentscheid und dem Vollzugsstopp nach Ungarn:

<http://bit.ly/1SyqkNP>

HÖHERE HÜRDEN FÜR AUSLÄNDERINNEN

Revision des Bundesgerichtsgesetzes

AusländerInnen, die keinen C-Ausweis besitzen und sich noch nicht zehn Jahre in der Schweiz aufhalten, sollen nur noch mit einer Beschwerde ans Bundesgericht gelangen können, wenn sich eine «Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung» stellt. Dies sieht ein Entwurf des EJPD vor, für den Ende Februar die Vernehmlassung auslief. Der Rechtsschutz für AusländerInnen, die nur über eine Jahresaufenthaltsbewilligung (B-Ausweis) verfügen, würde mit diesem Entwurf weiter eingeschränkt.

Heute können noch alle Fälle vor dem Bundesgericht verhandelt werden, in welchen die Betroffenen einen Rechtsanspruch auf Aufenthalt besitzen. Ein solcher entsteht nicht allein aufgrund einer bestimmten Aufenthaltsdauer, sondern auch aus grundrechtlichen Überlegungen (z.B. bei rechtlich geschützten Familienbeziehungen). Künftig würden Personen, die ihr Aufenthaltsrecht verlieren sollen, weil sie im Bewilligungsverfahren falsche Angaben machten, gegen behördliche Auflagen verstossen haben oder die von der Sozialhilfe abhängig sind, vom Gang ans Bundesgericht ausgeschlossen, falls ihnen nicht die Gnade der «Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung» zuerkannt wird. Wann diese «grundsätzliche Bedeutung» gegeben ist, entscheidet jedoch nicht eine klare gesetzliche Regelung, sondern das Bundesgericht selbst. Somit kann kein praktizierender Jurist wissen, wann das Gericht auf eine Beschwerde eintritt.

Sosf bekämpft diese Einschränkung des Rechtswegs für ausländische Personen, weil sie zu stark in deren Grundrechte eingreift und mit Blick auf die Umsetzung der Ausschaffungsinitiative, die am 1. Oktober 2016 in Kraft tritt, zur Unzeit kommt.

Peter Frei

DAS COLLECTIF R ZIEHT UM

Es lebe das Refuge Mon-Gré!

Das Kollektiv R, das seit dem 8. März 2015 den Saal der Kirchgemeinde Saint-Laurent in Lausanne besetzt hielt, hat eine Kirchgemeinde gefunden, die bereit ist, zehn von einer Ausschaffung bedrohte Flüchtlinge aufzunehmen. Am 26. April ist das Refuge in die Pfarrei Mont-Gré in der Nähe des Bahnhofs von Lausanne umgezogen.

Als Ergebnis des aktiven Protests und des zivilen Ungehorsams hat dieses Refuge und das dazugehörige starke Solidaritätsnetz bereits 62 Personen, darunter zehn Kindern, dazu verholfen, einer Dublin-Rückschaffung zu entgehen. Für ihre Asylgesuche ist nun die Schweiz zuständig. Ein junger Eritreer und eine syrische Familie haben seither eine

B-Bewilligung erhalten. Ohne den Einsatz des Collectif R wären diese Menschen heute dazu verdammt, unter inhumanen Bedingungen in Italien oder Ungarn herumzuirren.

Das Collectif R bedauert, kein Moratorium für die Dublin-Rückschaffungen erreicht zu haben, obwohl es das seit über einem Jahr verlangt. 2015 hat die Schweiz 2461 Personen, davon 162 aus der Waadt, im

Rahmen des Dublin-Abkommen ausgeschafft. Es sind Menschen, die zwangsweise von einem Land in ein anderes verschoben werden, ohne dass man ihnen das Recht gewährt, einen Asylantrag dort zu stellen, wo sie dies wünschen. Hunderte UntestützerInnen des Kollektivs widersetzen sich diesem Mechanismus des verantwortungslosen Abschiebens und verweigern jede diesbezügliche Komplizenschaft. Ihr Einsatz ist wirkungsvoll und notwendig.

Das Collectif R wird sein Engagement so lange fortsetzen, wie dies notwendig ist. Die Aufnahme der Flüchtlinge durch die Kirchgemeinde Mon-Gré zeigt, dass immer mehr Menschen für deren Schicksal sensibilisiert

KURZ UND KLEIN



und nicht mehr gewillt sind, passive Zeugen der Ungerechtigkeit zu werden.

Pauline Milani

Mehr Informationen:

www.desobeissons.ch

INITIATIVE GEGEN DEN GANZKÖRPERSCHLEIER

Verboten im Namen von was?

Bereits die 2009 angenommene Minarett-Verbotsinitiative war auf dem Mist des Egerkinger Komitees gewachsen. Nun hat das Komitee eine neue Initiative lanciert, die das Tragen eines Ganzkörperschleiers landesweit verbieten will. Reiner Zufall oder Hetze gegen MuslimInnen? Die vom Komitee vorgebrachten Rechtfertigungen sind widersprüchlich. Mal wird von der «Befreiung der muslimischen Frau» gesprochen, bald von der Verteidigung von Werten und Interessen der Schweiz oder von der Trennung von Kirche und Staat. Um das wahre Gesicht der Initiative zu verbergen, bringen einige ihrer BefürworterInnen schliesslich den Hooliganismus und die «Vermummung» bei Demonstrationen ins Spiel. Dass sich das Vorhaben klar gegen die muslimische Gemeinschaft richtet, versuchen die InitiantInnen mit allen Mitteln zu verschleiern.

In der Schweiz tragen rund 200 Frauen die Burka, das sind gerade mal 0.00004 Prozent der insgesamt 4,2 Mio. zählenden weiblichen Bevölkerung. Weshalb kümmert

sich das Egerkinger-Komitee plötzlich um das Los dieser winzigen Minderheit? Und: geht es wirklich um diese Minderheit oder soll die Initiative nicht vielmehr die Islamophobie schüren? Die Aktionen der Mitglieder des Komitees geben uns die Antwort: Diese haben unlängst vor dem Bundeshaus ein Video gedreht, in dem Männer Burkas öffnen, unter denen Bombengürtel versteckt sind. Die Vermischung von muslimischen Frauen und Selbstmordattentätern findet hier einen Höhepunkt. Als Muslimin frage ich nun: Wofür soll das Verbot sein?

Im Namen der öffentlichen Sicherheit? Aber die Verbrechen im Namen des Islam wurden nie von Burka tragenden Frauen verübt. Das Komitee spielt hier mit der Angst und mit der Vermischung von Islam und Terrorismus.

Im Namen der Freiheit der Frauen? Es gibt Frauen, die es vorziehen, sich vollständig zu verhüllen genauso wie es andere Frauen gibt, die Stöckelabsätze tragen. Und wenn Frauen von ihren Männern zum Tragen der Burka gezwungen werden, so kann dieses Problem bestimmt nicht im Rahmen einer aus Vorurteilen, Rassismus und Hass geprägten Auseinandersetzung gelöst werden.

Im Namen der Integration? Viele Musliminnen, die sich wie Europäerinnen verhalten und kleiden, leiden dennoch unter der Ablehnung durch die schweizerische Gesellschaft. Das Argument der Integration ist vorgeschoben, weil auch ohne Schleier nichts garantiert ist, was die gleichberechtigte Beteiligung an dieser Gesellschaft erleichtern würde.

Im Namen der Trennung von Kirche und Staat? Die Laizität ist nicht die Gegnerin der Religion, aber befreit diese von der staatlichen und politischen Bevormundung. Die Laizität zielt auf die Neutralität des Staates, der öffentlichen Institutionen und Dienste, nicht jedoch auf die der Individuen.

Im Namen der Europäischen Menschenrechtskonvention? Die Mitglieder des Egerkinger-Komitees respektieren die Entscheide des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) je nach Lust und Laune. Wenn sie mit Urteilen nicht einverstanden sind, machen sie die Unabhängigkeit der Schweiz gegenüber den «fremden Richtern» geltend.

Sind die wahren Motive für diese Initiative nicht im Grunde genommen ganz einfach Angst, Hass und Ablehnung?

Lamya H.



ANZEIGE

ClimatePartner^o
wir drucken klimaneutral

für den wald.

umweltbewusster druck und klimaschutz ist uns ein anliegen.
ihr produkt wird bei uns klimaneutral gedruckt und
auf wunsch mit dem label von climatepartner versehen.
so engagieren auch sie sich für nachhaltigkeit und klimaschutz.

selva caro druck

die kleine druckerei inmitten der natur

rudi dadens 6 7018 flims t 081 911 22 55 mail@selvacaro.ch www.selvacaro.ch

IMPRESSUM

BULLETIN
SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES
erscheint viermal jährlich

Auflage dieser Ausgabe:
2800 deutsch / 600 französisch
Beglaubigte Auflage WEMF:
2700 deutsch / 506 französisch

Gestaltung und Satz:

Simone Kaspar de Pont, Genève

Druck und Versand:

selva caro druck ag, Flims Waldhaus

Redaktion: **Heiner Busch (Bu), Amanda Isoet**

(io), Maria Winker (Wi), Gisela Grimm

Übersetzungen: Olivier von Allmen, Marianne

Benteli, Sylvie Colbois (médiatrice), Alain

Perrinjaquet (médiatrice), Maria Senn

Lektorat: **Sosf**

Fotos: **Ursula Wohlgefahr**

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:

12. Juli 2016

Wir behalten uns vor, LeserInnenbriefe zu kürzen

Mitgliederbeitrag 2016 inkl. Abo:

70.- Verdienende / Fr. 100.- Paare /

Fr. 30.- Nichtverdienende/

120.- Organisationen

Abo: Einzelpersonen 30.- /

Organisationen 50.-

Herausgeberin:

Solidarité sans frontières

Schwanengasse 9

3011 Bern

(Zusammenschluss AKS/BODS)

Fon 031 311 07 70

sekretariat@sosf.ch

www.sosf.ch

PC-Konto 30-13574-6



AGRARINDUSTRIE ALS URSACHE DER
MIGRATION

Internationales Monsanto Tribunal

Der Konzern Monsanto vermarktet verschiedene hochgiftige Produkte, die Krankheit oder Tod von Tausenden von Menschen verursachen und die Umwelt dauerhaft schädigen. Monsanto fördert ein Agrar-Industrie-Modell, welches die natürlichen Ressourcen übernutzt, ein Drittel der weltweiten anthropogenen Treibhausgasemissionen verursacht und mit der Patentierung von Saatgut die Nahrungssouveränität bedroht. Unter anderem durch Lobbying bei gesetzgebenden Agenturen und Regierungen ist es Monsanto bisher weitgehend gelungen, seine verheerenden Aktivitäten aufrecht zu erhalten. Die Geschichte von Monsanto ist ein typisches Beispiel für die Straflosigkeit transnationaler Unternehmen. Das muss sich ändern!

An diesem Punkt will das Monsanto Tribunal eingreifen, das vom 12. – 16. Oktober 2016 in Den Haag stattfindet. Das Tribunal wird klarstellen, in wie weit Monsanto die Menschenrechte auf eine gesunde Umwelt, auf Nahrung und auf Gesundheit und das Recht auf Informationsfreiheit verletzt. Weiter wird abgeklärt, in welchem Masse Monsanto als einer der Produzenten von Agent Orange an Kriegsverbrechen in Vietnam beteiligt war und ob das Unternehmen des Ökozides (www.eradicatingecocide.com) schuldig ist. Am Monsanto Tribunal werden Richter über diese Punkte urteilen. Zu den einzelnen Anklagepunkten werden Zeugen angehört – den Opfern der kriminellen Machenschaften von Monsanto wird weltweit eine Stimme gegeben. Die von international anerkannten Richtern erstellten Gutachten können in der Folge Klägern bei der Erstellung von Anklagen in ihren Ländern dienen. Zum Organisationskomitee des Tribunals gehören unter anderen Hans Rudolf Herren, Marie-Monique Robin, Vandana Shiva und Olivier de Schutter.

Das Monsanto Tribunal braucht einen breiten Rückhalt. Unterzeichnen Sie als UnterstützerIn auf www.monsanto-tribunal.org, sprechen Sie in Ihrem Freundeskreis davon, unterstützen Sie das Tribunal finanziell und kommen Sie nach Den Haag.

Esther Gerber,
Europäisches BürgerInnen Forum (EBF)

SANS-PAPIERS IN DER SCHWEIZ

Neue Studie des SEM

Man hat mit Ungeduld darauf gewartet: Die neue Studie des Staatssekretariats für Migration (SEM) über die Sans-Papiers in der Schweiz wurde Ende April endlich veröffentlicht. Die letzte ähnliche Studie datiert von 2005 (Longchamps et al.). Seither hat es verschiedene juristische Entwicklungen gegeben, sowohl im Bereich Aufenthalt und Erwerbsarbeit (Gesetz über die Schwarzarbeit, neues Ausländergesetz) als auch im Bereich Asyl und Nothilfe (Ausschluss aus der Sozialhilfe für abgewiesene Asylbewerber). Die Studie wurde von der Volkswirtschaftlichen Beratung zusammen mit dem Swiss Forum for Migration and Population Studies und der Universität Genf erarbeitet und liefert eine Synthese über diese Entwicklungen.

Ein zentrales Element der Studie ist eine Schätzung der Anzahl Sans-Papiers in der Schweiz. Um diese zu bestimmen, haben sich die Autoren der Studie auf Schätzungen von angefragten Experten und Fachleuten in den elf untersuchten Kantonen gestützt. Aufgrund dieser Gespräche und einer Extrapolation auf die Gesamtschweiz sind die Autoren zum Schluss gekommen, dass 2015 zwischen 50 000 und 99 000 Sans-Papiers in der Schweiz ansässig waren. Eine alternative Schätzung im Bericht, basierend auf der Anzahl Geburten und Todesfälle, ergab eine Bandbreite von 58 000 bis 105 000 Personen. Die Studie von 2005 rechnete mit 80 000 bis

100 000 papierlosen Personen. Es ist wichtig anzumerken, dass der Bericht – anders als von gewissen Medien nach dessen Publikation behauptet – nicht auf eine Abnahme der Anzahl Sans-Papiers gegenüber 2005 schliesst. Tatsächlich halten die Autoren der Studie fest, dass «der Unterschied zwischen den Schätzungen insbesondere durch methodische Anpassungen zu erklären ist». Sie betonen auch den hohen Grad von Ungenauigkeit derartiger Studien. Grob gesagt: die Zahlen müssen mit grösster Vorsicht interpretiert werden.

Die Studie liefert auch ganz viele Informationen über die – sehr unterschiedlichen – Profile der Sans-Papiers (Kategorien, Aufenthaltsdauer, Herkunft, Zivilstand, Geschlecht, Alter, Ausbildung). Pflücken wir einige interessante Elemente heraus: Gemäss den Autoren sind 12% der Sans-Papiers minderjährig. 86% der Erwachsenen gehen einer Erwerbsarbeit nach, 27% haben eine AHV-Nummer und 18% bezahlen Prämien der Sozialversicherungen. Was die Härtefälle betrifft, verweisen die Forscher auf grosse kantonale Unterschiede. Im Grossen und Ganzen lässt sich aber sagen, dass die Zahlen der Legalisierungen rückläufig sind, und dass die neue Möglichkeit, Jugendliche mit dem Wunsch nach einer Lehre zu legalisieren, bisher nur in 10 Fällen genutzt wurde.

(io)

BSS, Volkswirtschaftliche Beratung,
«Sans-Papiers in der Schweiz 2015 »,
Basel, 12. Dezember 2015.
<http://bit.ly/1rEKAnI>



Idomeni. Freiwillige kochen täglich für 600 bis 800 Personen.



«Es ist den ganzen Tag offen»!

Muriel und Armand und ihre Kinder haben ihr Haus für Asylsuchende geöffnet, die nicht über einen Internetanschluss verfügen.

Man begegnet nicht oft solchen Familien. Muriel Arapian-Denzler hat so viele verschiedene Hüte auf, dass sie selber nicht weiss, womit sie sich auf meine Anfrage hin vorstellen soll: Sie ist politisch aktiv bei den Grünen, Mitglied verschiedener Organisationen und arbeitet zurzeit für eine Internetseite, die das weltweite lyrische Schaffen rezensiert.

Ihr Mann Armand hat griechische und armenische Wurzeln, wuchs in Marseille auf und ist Opernsänger. Mit seiner Familie lebt er heute in der Schweiz. Sohn Sassoun hat Philosophie und Musik (Piano) studiert und unterrichtet heute an der Fachhochschule für Musik der Westschweiz in Lausanne. Die beiden Töchter, Loukia und Olga, sind «Heiratsplanerin», resp. Sekundarschullehrerin. Die Familie Arapian-Denzler ist atypisch, das ist das Mindeste, was man über sie sagen kann.

Die Familie lebt in der Gemeinde Bevaix (NE), wo zu Beginn des Jahres eine Unterkunft für Asylsuchende eröffnet wurde. Schockiert über die Tatsache, dass die jungen Männer sich selber überlassen wurden, öffnete die Familie den Asylsuchenden ihr Haus, um ihnen den Zugang zum Internet zu ermöglichen. Dank der Solidarität ihres Freundeskreises kamen einige Computer zusammen, mit denen die Familie ihr Wohnzimmer in ein Internetcafé umfunktionieren konnte. «Am Anfang brauchten wir eine kurze Zeit der Anpassung. Wir baten unsere Gäste, zu läuten und wir öffneten ihnen jeweils die Türe», erinnert sich Armand. «Doch nach einer gewissen Zeit hatten wir genug vom ständigen Treppensteigen und sagten ihnen

ganz einfach: das Haus ist von 10h bis 19h geöffnet. Sie können reinkommen und es verlassen, wann sie wollen. Wir verlangen einzig, dass Sie Hausschuhe anziehen und die Kaffeetasse nach Gebrauch waschen.» Bis zu 18 Personen gleichzeitig waren schon in ihrem Wohnzimmer.

«Jetzt verfügen sie im Durchgangszentrum über einen Internetanschluss, sodass die Asylsuchenden weniger, jedoch aus andern Gründen zu uns kommen» erklärt Muriel. «Armand unterrichtet sie jeden Morgen während zwei Stunden in Französisch. Aber sie kommen auch, wenn sie einen Brief erhalten und Angst vor dem Inhalt haben». So

wurde die Familie Arapian-Denzler direkt mit der harten Realität der Asylpolitik der Schweiz und den Praktiken des Staatssekretariats für Migration (SEM) konfrontiert. Mehrere Asylsuchende haben einen Nicht-Eintretensentscheid als «Dublin-Fälle» erhalten oder gar einen negativen Entscheid wie dieser Kurde, der in den Irak ausgeschafft werden soll. Die schwierigen Verhältnisse, in denen sich die Asylsuchenden befinden, wirft die Familie auf ihre eigenen «Privilegien» zurück: Pläne für die Zukunft schmieden können, ein Haus besitzen, Papiere, eine Staatsangehörigkeit...

In der Familie Arapian-Denzler wird ständig über die Veränderungen diskutiert. Für Sassoun «ist es komplett anders, seit wir das Wohnzimmer geöffnet haben. Diese Jungen sind gleich alt wie ich, wir sind Freunde geworden. Das Haus ist viel offener als früher. Für mich ist es sogar einfacher

geworden, hier zu leben, weil ständig etwas los ist». Für Muriel ist die Veränderung auch radikal. «Ich öffne für sie ihre Briefe, helfe ihnen bei ihren Anträgen und finde es sehr schwer, dies zu tragen. Ich bin täglich mit diesen jungen Menschen konfrontiert, die meine Kinder sein könnten und ich frage mich ständig: Wie werden sie je Arbeit finden oder eine Wohnung? Was wird mit denjenigen geschehen, die abgewiesen und ausgeschafft werden? Es ist sehr hart, damit umzugehen, aber ich würde es genauso wieder machen, sollten wir nochmals von vorne beginnen. Armand sieht hingegen keinen grossen Unterschied zum früheren Leben der Familie. Ihr Haus sei immer offen gewesen. Aber er sagt am Ende dennoch: «Ich bin nicht besser als andere und manchmal hatte ich Angst wie jedermann. Wenn sich etwas verändert hat, dann dies: ich habe keine Angst mehr vor Unbekannten». (io)

«Sie kommen, wenn sie einen Brief erhalten und Angst vor dem Inhalt haben.»

VERANSTALTUNGSHINWEISE

Grossdemo

1. Oktober 2016, Lausanne

Mehr Informationen: www.sosf.ch

Flüchtlingstage

18., 19. und 20. Juni 2016

Sosf wird am 18. Juni mit einem Stand in Bern präsent sein.

Mehr Informationen: www.sosf.ch